

FDP

Liberales
Fraktion



FDP-Liberale Fraktion
der Bundesversammlung
Neugasse 20
Postfach
CH-3001 Bern

+41 (0)31 320 35 35
www.fdp.ch
info@fdp.ch
/fdp.dieliberalen
@FDP_Liberalen

Sessionsbericht – Frühlingsession

Rapport de session – Session de printemps

29. Februar bis 18. März 2016

Von Charles Jean-Richard, Fraktionssekretär

Von halbvollen und halbleeren Ratssälen

Wer die Wandelhalle besucht und einen Blick in den Nationalrat wirft, ist oft überrascht, dass die meisten Ratsmitglieder während den Debatten nicht im Saal zu finden sind. Die stets gut vorbereiteten Parlamentsdienste betreiben wichtige Aufklärungsarbeit und haben für Besucher des Parlamentes eine erklärende Broschüre bereit: Das kleine Factsheet „[Die volle Wahrheit zum halbleeren Saal](#)“ erklärt, wie Debatten im Parlament strukturiert sind, warum die Nationalrat so tickt, wie er eben tickt und wieso Anwesenheit im Saal nicht immer vorbildlich erscheint.

Doch bei gewissen Geschäften ist der Saal von Anfang bis Schluss voll. Nicht so war es in der dritten Sessionswoche, als im Nationalrat eine von der SP beantragte „aktuelle Debatte“ zur wirtschaftlichen Situation der Schweiz stattfand. Ziel dieser dringlichen Debatte war keine Auseinandersetzung mit möglichen Lösungen für die Probleme des Wirtschaftsstandortes Schweiz, sondern die Anschwärzung des Erfolgsmodells Schweiz. Die Genossen wurden nicht müde zu betonen, wie viele Jobs unsere liberale Ordnung seit der Aufhebung des Euro-Mindestkurses auf dem Gewissen hat. Eloquent konterte FDP-NR Christian Lüscher und zeigte den Linken auf, inwiefern ihre Volksinitiativen Jobs vernichten und massive Zusatzkosten verursacht hätten. Die Genossen buhten, als er ihnen den Spiegel vorhielt. Wahnsinnig laut war die Kritik jedoch nicht: Für die eigens von der SP beantragte „dringliche“ Debatte waren nämlich von der SP-Fraktion nur wenige Mitglieder anwesend. Vielleicht hatten sie vorher die Broschüre des Österreichischen Parlaments gelesen „[die volle Wahrheit zum leeren Saal](#)“. Man kann über den Ratsbetrieb in der Schweiz sagen was man will, aber bei uns ist der Saal immerhin halbleer (oder wenn die SP fehlt vielleicht sogar halbvoll...).

1. **USR III: NR setzt ein positives Zeichen für den Wirtschaftsstandort**

Der Nationalrat behandelte als Zweitrat in der Frühlingssession eines der Kernthemen dieser Legislatur: die Unternehmenssteuerreform III. Die Schweiz muss sich an internationale Normen halten, auf diese Reform kann nicht verzichtet werden. Für die FDP-Liberale Fraktion bietet die USR III die Chance, die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz zu erhalten, Arbeitsplätze zu sichern und unseren Wohlstand zu wahren. Abgesehen von der linken Opposition wurde die Vorlage in der Gesamt- abstimmung klar angenommen.

Der Nationalrat hat die von der WAK-N vorgeschlagene Vorlage mit den Forderungen der FDP-Liberalen Fraktion angenommen: Die Zinsbereinigte Gewinnsteuer findet wieder Einzug in die Vorlage, nachdem sie nach der Vernehmlassung aus dem Entwurf gekippt wurde. Für Unternehmen mit einem überdurchschnittlichen Anteil an Eigenkapital ist der Zinsabzug absolut notwendig. Wir begrüßen ausserdem, dass die Kapitalgewinnsteuer vom Nationalrat abgelehnt wurde.

Die FDP befürwortet weiterhin die Abschaffung der Stempelabgabe auf Eigenkapital gemäss unserer parlamentarischen Initiative „Stempelsteuer schrittweise abschaffen und Arbeitsplätze schaffen“. Jedoch wurde diese Vorlage von der USR III getrennt. Die FDP wird sich in der Kommission einsetzen, damit diese Forderung so schnell wie möglich umgesetzt wird.

Um den Kantonen einen maximalen Handlungsspielraum zu garantieren, hat der Nationalrat die Patent Box, die Förderung von Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen und Forschungsprojekte im Ausland breit definiert. Der Nationalrat hat ausserdem den Antrag der FDP, die Abzüge für sämtliche Entlastungsinstrumente auf 80 % zu plafonieren, angenommen. Diese Plafonierung garantiert die steuerlichen Einnahmen der Kantone und gewährt ihnen mehr Planungssicherheit.

Zudem hat der Nationalrat mit grosser Mehrheit einer Tonnage tax zugestimmt, die gerade im Schiffsfracht-Sektor Arbeitsplätze sichert und schafft. Die Schweiz bleibt durch diesen Schritt in diesem Sektor international wettbewerbsfähig. Zahlreiche europäische Länder wenden dieses Instrument bereits an.

2. **Ablehnung des MWST-Einheitssatz in der Aktuellen Debatte**

Der Nationalrat hat es im Rahmen der Aktuellen Debatte zur Wirtschaftslage verpasst, die Wirtschaft langfristig und effektiv von unnötigen Kosten zu entlasten. Eine Motion der FDP Fraktion zur Einführung eines MWST-Einheitssatz wurde mit 134 zu 49 Stimmen abgelehnt.

Der Bereich Mehrwertsteuer kostet gemäss Regulierungskostenbericht des Bundesrates die Wirtschaft jährlich 1.76 Mia. Mit einem Einheitssatz und der Beseitigung von Ausnahmen könnte man mehrere 100 Millionen Franken einsparen.

Das Erfolgsmodell Schweiz zeigt sich im internationalen Vergleich hinsichtlich Erwerbsquote, Arbeitslosenzahlen und Export höchst wettbewerbsfähig. Dies ist dem liberalen und flexiblen Arbeitsmarkt zu verdanken. Doch einige Branchen stehen durch den starken Franken klar unter Druck.

Die Forderungen der Ratslinken für mehr Regulierung, Abgaben und Staatseingriffe (Bspw. Mindestlohn, Kündigungsschutz, Lohnpolizei, Quoten, 1:12- Initiative, 6 Wochen Ferien) zerstören allerdings Arbeitsplätze. Was die Schweizer Wirtschaft bräuchte, wäre, dass die Politik Regulierung abbaut, Steuern senkt und Bürokratie abschafft. Dies sichert Arbeitsplätze und wahrt das Erfolgsmodell Schweiz.

3. Der Nationalrat möchte den Detailhandel stärken

Der Nationalrat hat sich in der Frühlingsession für liberalere Ladenöffnungszeiten ausgesprochen. Dies klar mit 122 zu 64 Stimmen. FDP. Die Liberalen begrüsst diesen Entscheid, denn zeitgemässe Ladenöffnungszeiten tragen den Bedürfnissen der Konsumentinnen und Konsumenten Rechnung, stärken die Wettbewerbsfähigkeit des Schweizer Detailhandels und stützen den Arbeitsmarkt in dieser Branche. Damit geht das Geschäft zurück in den Ständerat, welcher bei der ersten Behandlung auf die Vorlage knapp nicht eingetreten war.

Mit der geplanten Teilharmonisierung der Ladenöffnungszeiten soll ein Mindeststandard für Ladenöffnungszeiten im Detailhandel geschaffen werden. Das entspricht den Bedürfnissen der Konsumentinnen und Konsumenten. Das Bundesgesetz über die Ladenöffnungszeiten (LadÖG) will einen gesetzlichen Rahmen von Montag bis Freitag 6:00 bis 20:00 Uhr und am Samstag 6:00 bis 18:00 Uhr einführen.

Es ist ein Anliegen der Konsumentinnen und Konsumenten, dank flexibler Ladenöffnungszeiten beruflichen und privaten Verpflichtungen besser nachgehen zu können. Indem die Wettbewerbsfähigkeit im Detailhandel gezielt gestärkt wird, können in dieser Branche tätige Unternehmen diesen Bedürfnissen gerecht werden. Diese Massnahme schützt Arbeitsplätze und tastet das geltende Arbeitsrecht nicht an. Die Teilharmonisierung der Ladenöffnungszeiten ist lediglich ein nationaler Mindeststandard, die Kantone bleiben frei weitergehend zu liberalisieren.

4. Parlament sagt Ja zu einem konsequenten obligatorischen Referendum

Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat in der Frühlingsession eine von Ständerat Andrea Caroni eingereichte Motion für ein obligatorisches Referendum für völkerrechtliche Verträge mit verfassungsmässigem Charakter angenommen. Dies klar mit 36 zu 9 Stimmen.

Die von Ständerat Andrea Caroni eingereichte Motion schliesst eine Lücke. Verfassungsänderungen unterstehen bereits heute dem obligatorischen Referendum und müssen deshalb von Volk und Ständen befürwortet werden. Jedoch gilt diese Regel nur für das Landesrecht. Das Völkerrecht aber ist, abgesehen von wenigen Fällen, von dieser Bestimmung nicht betroffen, selbst wenn es sachlich einen verfassungsmässigen Charakter aufweist. Diese Motion ermöglicht nun die notwendige Gleichstellung von Völker- und Landesrecht.

Neu soll es nicht darauf ankommen, ob sich eine verfassungsmässig wichtige Frage in Form eines Verfassungstextes oder eines völkerrechtlichen Vertrages stellt: Unabhängig der Form wird das obligatorische Referendum greifen. Das stärkt zum einen die direkte Demokratie, da die Bürgerinnen und Bürger bei solch fundamentalen Verträgen mehr Mitsprache erhalten. Das stärkt zum andern auch das Völkerrecht, da die wichtigsten Abkommen neu demokratisch noch stärker legitimiert sein werden.

5. Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds (NAF)

Nachdem für die Schiene mit FABI (Finanzierung und Ausbau der Schieneninfrastruktur) die langfristige Finanzierung sichergestellt wurde, hat der Bundesrat mit der Botschaft zum Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds (NAF) eine adäquate Finanzierungslösung für die Strasse präsentiert. Aufgrund der von Seiten des Ständerates in der Herbstsession 2015 gewünschten Integration des Netzbeschlusses (NEB) musste die Finanzierungsvorlage nochmals überarbeitet werden. Mit dem NEB sollen 400km Kantonsstrassen in das Nationalstrassennetz aufgenommen werden. Diese Integration soll laut dem Ständerat ab ca. 2020 umgesetzt werden.

In der vollzogenen Erstberatung des Geschäftes wurde eine Finanzierungsvariante gefunden, die unter der Leitung der FDP in der Verkehrskommission erarbeitet wurde. Sie beinhaltet neben der

Erhöhung der Zweckbindung der Mineralölsteuereinnahmen auch eine Erhöhung des Mineralölsteuerzuschlages. Weitere Mittel fliessen aus der Automobilsteuer, der Vignette und einer Abgabe für Elektrofahrzeuge in den NAF. Anders als in der ursprünglichen Vorlage sollen sich auch die Kantone am Fonds mit 60 Mio. Fr. pro Jahr beteiligen. Der Ständerat ist dem Vorschlag der Kommission in der Gesamtabstimmung gefolgt und hat alle Gesetzes- und Bundesbeschlüsse grossmehrheitlich angenommen.

Im Hinblick auf die anstehende Abstimmung zur Milchkuh-Initiative im Juni 2016 braucht es beim NAF weitere Korrekturen, damit eine starke und nachhaltige Alternative geschaffen werden kann. So muss die bedingte Erhöhung der Zweckbindung der Mineralölsteuer fix formuliert werden, damit kein Spielraum bei der Einspeisung der Mittel besteht. Ebenfalls zu streichen, ist die alternative Möglichkeit zur Nutzung der Mittel aus der Automobilsteuer zugunsten des allgemeinen Bundeshaushaltes. Nicht zu vergessen in dieser Vorlage ist das starke Gewicht auf den Agglomerationsverkehr. Für die Finanzierung des Agglomerationsverkehrs wurde in der aktuellen Vorlage 9%-12% der Mittel reserviert. Damit ist die FDP einverstanden. Wir fordern aber, dass sich der Fonds auf die Finanzierung der Nationalstrassen und der Strassen-Verkehrsinfrastruktur in Städten und Agglomerationen beschränkt. Die Schienen-Verkehrsinfrastrukturen sollen in den Bahninfrastrukturfonds aufgenommen werden. Diese Forderungen wird die FDP in der nationalrätlichen Verkehrskommission und der grossen Kammer einbringen, wo die Vorlage voraussichtlich bereits im Sommer 2016 weiterberaten wird.

6. Ein weiterer Schritt zur Bereinigung der Energiestrategie 2050

Mit der Energiestrategie 2050 als Gegenvorschlag zur Atomausstiegs-Initiative wird der Entscheid aus dem Jahr 2011 für einen schrittweisen Ausstieg aus der Kernenergie weiterhin im Parlament beraten. Dieser Entscheid sowie weitere bedingen einen sukzessiven Umbau des Schweizer Energiesystems bis ins Jahr 2050. Mit der Energiestrategie 2050 sollen unter anderem der Endenergie- und der Stromverbrauch reduziert, der Anteil der erneuerbaren Energien erhöht und die energiebedingten CO₂-Emissionen gesenkt werden.

Nachdem der Nationalrat in der Wintersession 2014 und der Ständerat in der Herbstsession 2015 die Vorlage behandelt hatten, wurde in dieser Session die Zweitberatung des Geschäftes in Angriff genommen. Anders als noch bei der ersten Beratung durch den Nationalrat konnte die Vorlage durch einzelne Massnahmen marktkonformer gestaltet werden. Die FDP begrüsst es sehr, dass der Nationalrat wie der Ständerat darauf verzichtet, eine Laufzeitbeschränkung und ein Langzeitbetriebskonzept für Kernkraftwerke festzuschreiben. Ebenfalls als Erfolg kann die FDP die Streichung der Effizienzvorgaben für Netzbetreiber, die Befristung der Fördermassnahmen und die erneute Integration der steuerlichen Abzugsfähigkeit von Gebäudesanierungen verbuchen. Zu bedauern ist, dass die unrealistischen und nicht erreichbaren Ziel- bzw. Richtwerte für den Ausbau und Verbrauch von Energie und Strom weiterhin Teil dieser Vorlage sind. Auch konnten die rasche Erhöhung des Netzzuschlages zugunsten der Kostendeckenden Einspeisevergütung (KEV) auf 2,3 Rp./kWh nicht verhindert werden. Wir fordern, dass diese Fördermassnahmen rasch auslaufen, damit der Wechsel zu einem marktorientierten System so bald wie möglich vollzogen wird.

Der Ständerat wird die Vorlage bereits im April wieder in der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie beraten und die Differenzen weiter bereinigen. Die FDP wird sich auch in der weiteren Beratung dafür einsetzen, dass Korrekturen vorgenommen werden und die Vorlage wirtschaftsverträglicher ausgestaltet wird. Ebenfalls in dieser Session wurde vom Ständerat zur Atomausstiegs-Initiative mit 30 zu 12 Stimmen bei einer Enthaltung die Ablehnung beschlossen. Der Nationalrat hatte dazu bereits in der Wintersession 2014 ein Beschluss gefasst und die Volksinitiative ebenfalls abgelehnt.

7. Adoption de la révision de la LSCPT

Le parlement a adopté la révision de la Loi fédérale sur la surveillance de la correspondance par poste et télécommunication. Pour rappel, cette révision est nécessaire afin d'adapter les moyens de surveillance à disposition des autorités de poursuite pénale à l'évolution technologique et technique. Désormais, la surveillance des suspects pourra s'étendre aux moyens de communications modernes tels que la téléphonie sur internet cryptée, les services de « cloud », les emails ou encore les plateformes de chat en ligne.

Le but n'est pas de surveiller plus, mais de surveiller mieux. En effet, ces adaptations et ces nouveaux moyens à disposition concerne uniquement les suspects d'infractions graves dans le cadre d'un catalogue d'infractions exhaustif (meurtre, viol, pédocriminalité, etc.). D'autre part, des limites légales fortes ont été imposées afin de protéger la sphère privée : ces mesures de surveillance ne sont possibles que lors d'une procédure pénale et l'autorisation d'un tribunal est obligatoire. De plus, afin d'apaiser les opposants, le parlement a décidé de revenir sur une première décision et de ne pas prolonger à 12 mois le délai de conservation des données secondaires.

Avec l'élimination des dernières divergences, cette révision a été adoptée au vote final par 41 voix contre 4 au Conseil des Etats et par 160 contre 23 et 12 abstentions au National.

8. Soutien au projet Innosuisse par le Conseil national

Le Conseil national a traité du projet de loi Innosuisse. Il s'agit de la transformation de l'actuelle Commission pour la technologie et l'innovation (CTI) en un établissement fédéral de droit public dénommé « Agence suisse pour l'encouragement de l'innovation (Innosuisse) ». Cette réforme a été lancée suite à l'adoption de la motion de l'ancien Conseiller aux Etats Felix Gutzwiller [11.4136](#) et de la motion du groupe parlementaire libéral-radical [12.3186](#). L'objectif de cette transformation de la CTI en établissement fédéral de droit public doté de la personnalité juridique, plutôt que la forme actuelle de commission extraparlamentaire, est de lui permettre de mieux répondre aux défis à venir en matière d'encouragement de l'innovation.

Le Conseil national (premier conseil) est entré en matière à 125 voix contre 66 et 2 abstentions. Le National a suivi la majorité de la Commission de la science, l'éducation et la culture. Seule une minorité Bigler a été adoptée à 125 voix contre 64 et 3 abstentions : en sus des bourses d'étude, il devrait être possible également de permettre l'encouragement de la relève hautement qualifiée par le moyen de prêts sans intérêt. Au vote sur l'ensemble le projet de loi a été soutenu par 126 voix contre 55 et 12 absentions.

9. Vereinigte Bundesversammlung

Datenschutz: Adrian Lobsiger (FDP) wurde am 16. März 2016 von der Vereinigten Bundesversammlung mit 139 von 198 gültigen Stimmen als **Eidgenössischer Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragter (EDÖB)** bestätigt. Der Bundesrat hatte ihn im vergangenen November als Nachfolger von Hanspeter Thür vorgeschlagen, der Ende 2015 nach 14 Jahren aus dem Amt ausgeschieden ist.

Der EDÖB wird für eine Amtsdauer von vier Jahren gewählt. Administrativ ist er der Bundeskanzlei angeschlossen, doch übt der EDÖB seine Funktion unabhängig und ohne Weisung einer Behörde aus.

Bundesverwaltungsgericht: Zudem wurden von der Vereinigten Bundesversammlung zwei neue Richter für das Bundesverwaltungsgericht bestimmt. Die Wahl von Viktoria Helfenstein (CVP) und Simon Thurnheer (SVP) wurde von allen Fraktionen unterstützt. Helfenstein erhielt 193 von 199 gültigen Stimmen, Thurnheer 188. Helfenstein und Thurnheer folgen auf Martin Zoller (CVP) und Frank Seethaler (Grüne), die ihren Rücktritt eingereicht haben. Die parteipolitische Zusammensetzung am

Bundesverwaltungsgericht ändert sich durch die Wahl: Mit Thurnheer folgt ein SVP-Mitglied auf den Grünen Seethaler. Die Gerichtskommission begründete dies damit, dass die SVP derzeit am Bundesverwaltungsgericht untervertreten sei.

10. Geschäfte beider Räte

Waldgesetz: Auch nach mehrmaliger Beratung des Bundesgesetzes über den Wald konnten die beiden Kammern nicht ohne Einigungskonferenz eine einvernehmliche Lösung finden. Die Uneinigkeit betraf vor allem die Unterstützung der Holzbranche, indem der Bund den Absatz von Schweizer Holz fördert. Auch uneinig war man sich bezüglich den Massnahmen zur Arbeitssicherheit. Der Nationalrat blieb jedoch bis zur letzten Beratung in allen strittigen Punkten hart und konnte sich mehrheitlich durchsetzen. In der Schlussabstimmung wurde die Vorlage schliesslich in beiden Räten fast einstimmig angenommen. Die FDP hat sich trotz gewissen Bedenken für die Annahme der Vorlage entschieden. Wir bedauern in erster Linie, dass die Bundesversammlung sich für zusätzliche Fördermassnahmen und mehr Bürokratie ausgesprochen hat. In der konkreten Umsetzung auf Verordnungsebene wird sich die FDP für eine einfache Umsetzung einsetzen.

Verrechnungssteuergesetz: Gewisse Finanzinstrumente von Schweizer Banken sollen weiterhin von der Verrechnungssteuer befreit sein. Beide Räte haben die vom Bundesrat vorgeschlagene Änderung des Verrechnungssteuergesetzes gutgeheissen. Der Ständerat stimmte einstimmig mit 43 Stimmen zu. Der Nationalrat folgte mit 124 zu 49 Stimmen.

Krebsregistergesetz: Der Einführung eines nationalen Krebsregisters steht nichts mehr im Weg. Mit dem Register sollen Krebserkrankungen künftig schweizweit einheitlich registriert werden. Erfasst werden Basisdaten zur Person, zur Diagnose und Erstbehandlung sowie zum Krankheitsverlauf.

Loi sur les amendes d'ordre : Le parlement a adopté la révision de la Loi fédérale sur les amendes d'ordre par 182 voix contre 5 et 6 abstentions au National et à l'unanimité aux Etats. Ce système d'amende d'ordre est déjà en œuvre pour les infractions à la circulation routière ou pour la consommation de cannabis : il est désormais étendu à toutes sortes d'autres domaines comme la chasse ou la loi sur le tabac. Le montant maximum est de 300.- francs. La nouvelle loi n'inclut pas la problématique du transport des voyageurs, qui soulève des problèmes juridiques supplémentaires vis-à-vis des services de sécurité privé. Le Conseil national a cependant adopté en parallèle un postulat qui demande au Conseil fédéral de présenter différentes solutions dans ce domaine (postulat de la Commission des affaires juridiques [16.3004](#)).

Signature électronique : Suite au ralliement du Conseil des Etats au projet du National, le parlement a adopté une révision totale de la Loi sur la signature électronique : par 42 voix contre 3 au Etats et 127 contre 68 au National. Cette révision a pour but de simplifier l'usage de la signature électronique pour les entreprises et autorités. Cette demande répondait à un souhait du secteur privé et de l'administration.

11. Geschäfte des Nationalrats

Sécurité alimentaire : Le National a décidé mercredi de soutenir l'initiative des paysans "pour la sécurité alimentaire." Une majorité UDC-PDC-PDB et certain PLR a prévalu par 91 voix contre 83 et 19 abstentions. La gauche a dénoncé une tentative de corriger la politique agricole en vigueur. Le texte demande que la Suisse renforce son approvisionnement en denrées alimentaires via la production indigène. La Confédération devrait aussi prendre des mesures contre les pertes des terres cultivées.

Approvisionnement: comme le Conseil des Etats, il a accepté à l'unanimité la révision de la loi sur l'approvisionnement du pays. La Suisse doit moderniser son arsenal pour affronter les crises. Mais

pas au détriment de l'agriculture et de la sylviculture. Les sénateurs devront se reposer sur les divergences créées par le National à ce sujet.

Gardes-frontière: il a accepté par 121 voix contre 63, une motion de Walter Müller qui demande de réaffecter plus de gardes-frontière en Suisse orientale pour répondre à la hausse de la criminalité transfrontalière et de l'immigration. La situation est examinée en permanence et selon son évolution, les forces pourront toujours être réparties autrement, voire l'armée entrer en jeu, a rétorqué en vain le ministre des finances Ueli Maurer.

Administration fédérale : après le Conseil des Etats, il a accepté par 181 voix contre 1 le projet d'acquisition d'un nouveau logiciel de gestion des postes de travail et des périphériques pour l'administration fédérale. Il a donné son feu vert au crédit d'engagement de 70 millions de francs.

Péréquation financière: il a accepté deux postulats demandant au Conseil fédéral de réexaminer dans son prochain rapport sur la péréquation financière le seuil de référence de 85% pour déterminer les ressources des cantons. L'an dernier, un véritable bras de fer s'est engagé entre cantons "riches" et "pauvres", les premiers estimant qu'ils payaient trop.

Politique extérieure: il a pris acte tacitement du rapport de politique extérieure 2015. Une année notamment marquée par l'intensification des conflits, la crise migratoire et des tensions. Mais la Suisse peut jouer un rôle spécifique, comme elle l'a fait pour le dossier sur le nucléaire iranien ou en Crimée, a rappelé le ministre des affaires étrangères Didier Burkhalter. Le Conseil des Etats doit encore en prendre acte.

Politique économique: il a pris acte du rapport de politique économique extérieure 2015. Afin de renforcer le réseau de libre-échange, il a aussi approuvé trois accords internationaux amendés. Deux ont passé la rampe sans problème, à savoir le protocole sur l'adhésion du Guatemala à l'accord de libre-échange entre l'AELE et les Etats d'Amérique centrale et les mesures tarifaires des douanes prises en 2015. Les accords de libre-échange entre l'AELE et la Serbie et l'Albanie ont en revanche essuyé la mauvaise humeur de l'UDC et passé par 128 voix contre 60.

Suisse-UE: il a approuvé par 126 voix contre 46 et 18 abstentions une motion de Lukas Reimann demandant que la Suisse retire une fois pour toute sa demande d'adhésion à l'Union européenne qui date de 1992. Cette demande est une coquille vide depuis le non du peuple à l'EEE. Le Conseil des Etats doit encore se prononcer.

Suisse-UE: il a rejeté par 100 voix contre 72 un postulat socialiste demandant une analyse comparative entre les différentes options s'offrant à la Suisse dans ses relations avec l'UE: poursuite des bilatérales, avec ou sans accord cadre institutionnel, et adhésion. La droite n'a pas voulu d'un rapport supplémentaire. L'heure est aux décisions.

Zulassungsstopp in der Medizin: Der Bundesrat soll dem Parlament neue Lösungen zur Steuerung der Ärztedichte in der Schweiz vorlegen. Das fordert der Nationalrat mit einer Motion. Als Alternativen zum geltenden Ärztestopp sieht er zwei Möglichkeiten: die Aufhebung der freien Arztwahl oder die Steuerung der Ärztedichte über unterschiedliche Tarife. Stimmt auch der Ständerat der Motion der nationalrätlichen Gesundheitskommission zu, muss der Bundesrat entsprechende Vorschläge zur Änderung des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) vorlegen.

Medikamente und Zugang zu Innovation: Der Bundesrat erhält vom Parlament den Auftrag, die Zulassungsverfahren bei Änderungen von Medikamenten zu vereinfachen und zu beschleunigen. Das Heilmittelrecht muss entsprechend angepasst werden. Der Ständerat nahm als Zweitrat eine Motion von Nationalrat Ignazio Cassis (FDP/TI) oppositionslos an. Bei Änderungen von Arzneimitteln und

Indikationen über die Einsatzmöglichkeit der Medikamente dauerten die Zulassungsverfahren in der Schweiz rund 150 Tage länger als in der EU und in den USA, stellte der Motionär fest.

Flankierende Massnahmen: Um die Wirksamkeit der flankierenden Massnahmen zu verbessern, will der Nationalrat fehlbare Arbeitgeber schärfer bestrafen. Die Obergrenze der Bussen für Verstösse gegen minimale Lohn- und Arbeitsbedingungen soll von heute 5000 Franken auf 30'000 Franken erhöht werden. Der Nationalrat hiess eine entsprechende Änderung des Entsendegesetzes am Dienstag als Erstrat mit 126 zu 65 Stimmen gut.

Steuern: Der Nationalrat hat sich als Erstrat grundsätzlich für eine Gesetzesänderung bei der Quellenbesteuerung ausgesprochen. Mit der Vorlage sollen Ungleichbehandlungen beseitigt und ein Konflikt mit dem Personenfreizügigkeitsabkommen ausgeräumt werden. Im Nationalrat wurde dieses Anliegen am Dienstag von links bis rechts begrüsst. Die grosse Kammer brachte jedoch verschiedene Änderungen an der Vorlage an, die nun an den Ständerat geht. Der Quellenbesteuerung unterliegen alle ausländischen Arbeitnehmenden, die keine Niederlassungsbewilligung haben. Das sind heute rund 760'000 Personen.

Doppelbesteuerungsabkommen: Der Nationalrat hat Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) mit Liechtenstein und Oman genehmigt sowie Steuerinformationsabkommen mit den zentralamerikanischen Kleinstaaten Belize und Grenada. Zudem hiess er Änderungen an den bestehenden DBAs mit Norwegen und Albanien gut. Sie dienen dazu, Steuerkonflikte zu vermeiden. Die Kommission beantragte die Genehmigung aller Abkommen. Die grosse Kammer folgte dieser Empfehlung und nahm alle Anträge an, nur die SVP stimmte jeweils mehrheitlich dagegen.

Einbürgerungen: Der Nationalrat will, dass für eingetragene Partnerschaften künftig die gleichen Einbürgerungsregeln gelten wie bei einer Ehe. Gleichgeschlechtliche Partner in eingetragenen Partnerschaften sollen wie Eheleute ein Recht auf erleichterte Einbürgerungen haben. Die grosse Kammer will Verfassung und Gesetz entsprechend anpassen. Sie stimmte am Montag mit 122 zu 62 Stimmen bei 8 Enthaltungen für eine entsprechende Vorlage. Zwar gilt bei eingetragenen Partnerschaften schon heute die verkürzte Dauer von fünf Jahren Wohnsitz in der Schweiz und drei Jahren eingetragener Partnerschaft. Mit der vorgeschlagenen Revision würde aber das ordentliche Einbürgerungsverfahren entfallen, in dem auch die Vertrautheit mit den schweizerischen Verhältnissen getestet wird und bei dem Kanton und Gemeinde mehr mitreden können.

Stromeffizienz-Initiative: Nachdem dieses Geschäft bereits im 2015 behandelt werden sollte, konnten die Initianten eine Fristverlängerung beantragen. Der Nationalrat als Erstrat hat nun ein Beschluss gefasst und die Stromeffizienz-Initiative relativ klar mit 106 zu 71 Stimmen bei 6 Enthaltungen zur Ablehnung empfohlen. Die FDP teilt die Meinung des Bundesrats, wonach die Energiestrategie 2050 das Anliegen bereits regle und darum abzulehnen ist. Die Initiative verlangt, dass der Stromverbrauch in der Schweiz dank Effizienzmassnahmen bis 2035 das Niveau von 2011 nicht überschreitet. Aber auch das Festschreiben dieser Werte in der Bundesverfassung ist ein grober Fehler dieser Initiative.

Wasserzins: Der Nationalrat ist im Rahmen der Behandlung der Energiestrategie 2050 dem Ständerat gefolgt und hat eine angepasste Motion zur Anpassung der Wasserzins-Regelung nach 2019 ohne formelle Abstimmung angenommen. Die FDP begrüsst diesen Schritt ausserordentlich. Auch wenn die Motion bereits entschärft wurde, wird sich die FDP weiter dafür einsetzen, um die regulatorischen Rahmenbedingungen der Wasserkraftwerke zu verbessern.

Verlagerungsziel: Das von der FDP-Fraktion im 2014 eingereichte Postulat zur Überprüfung des Verlagerungsziels des Güterverkehrs auf die Schiene wurde vom Nationalrat mit 91 zu 90 Stimmen bei 7 Enthaltungen knapp angenommen. Das Postulat fordert, das heutige Verlagerungsziel anzupassen, da vom Bundesrat bereits mehrfach bestätigt wurde, dass das ursprünglich festgelegte Ziel in

angestrebten Frist bis 2018 nicht erreichbar ist. Die FDP ist erfreut über dieses Ergebnis und erwartet vom Bundesrat baldige Vorschläge, damit die Verlagerung realistisch umgesetzt werden kann.

Arbeitszeitgesetz im öffentlichen Verkehr (AZG): Der Modernisierung des AZG hat der Nationalrat einstimmig zugestimmt. Geändert werden sollen unter anderem die Pausen- und Ruhetagregelungen und die Zahl möglicher Nachtarbeitseinsätze. Die FDP ist mit der Vorlage als Kompromiss zwischen den Transportunternehmen und den Gewerkschaften einverstanden und wird im Ständerat kleinere Anpassungen vornehmen.

Höckerschwan: Der Nationalrat hat wie der Ständerat beschlossen, die Motion zur sachgerechten Regulation des Höckerschwans anzunehmen. Anders als die kleine Kammer will der Nationalrat aber die Motion anpassen, damit die gleichen Voraussetzungen wie bei der Regulierung des Wolfbestandes gelten. Er hat der abgeänderten Motion mit 91 zu 74 Stimmen bei 16 Enthaltungen zugestimmt. Im Sinne der Mehrheit der FDP wird der Schutz der Schwäne in der Schweiz somit gelockert.

Loi sur le casier judiciaire : Le Conseil national a traité à son tour de la révision de la Loi sur le casier judiciaire (VOSTRA). Suite à un premier rejet aux Etats, le National a confirmé qu'il n'y aura pas de casier judiciaire pour les entreprises par 127 voix contre 55. Les auteurs des délits graves comme le meurtre, le viol ou des actes d'ordre sexuel sur des enfants ne devraient par contre pas avoir le droit à l'oubli. Le dossier part à la commission des Etats pour la résolution des divergences.

Révision du droit de la famille : Le National a adopté deux postulats par 96 voix contre 83 (postulat [15.4082](#) de la Commission science éducation et culture) et 96 voix contre 82 (postulat [15.3431](#) d'Andrea Caroni, repris par Hans-Peter Portmann) demandant l'instauration en Suisse d'un pacs sur le modèle français ouvert aux couples hétéro- et homosexuels. Il a en revanche rejeté par 100 voix contre 83 une motion réclamant une stratégie de modernisation du droit de la famille s'appuyant sur des « connaissances scientifiques », le Conseil fédéral ayant déjà présenté un rapport sur le sujet.

12. Geschäfte des Ständerats

DEVA/WEA : Le budget militaire doit être relevé à 5 milliards sans attendre. Suivant le National, le Conseil des Etats a adopté lundi par 30 voix contre 10 un plafond quadriennal des dépenses de 20 milliards valable dès 2017. Il a parallèlement mis la dernière main à la réforme de l'armée.

Armée: Après le National, il a accepté par 30 voix contre 9 le programme d'armement complémentaire 2015. Les camions militaires "Duro" seront bien modernisés pour 558 millions de francs, malgré une tentative de la gauche de renvoyer le dossier au Conseil fédéral.

Douanes: il a mis sous toit une révision hétéroclite de la loi sur les douanes. Se pliant à la volonté du National, il a notamment décidé que les effectifs du Corps des gardes-frontière ne descendront pas en dessous de ceux de fin 2003. Un geste surtout symbolique.

Administration: l'administration publique doit davantage migrer sur Internet et traiter plus de démarches administratives en ligne. Après le National, il a adopté tacitement une motion de Ruedi Noser visant à accélérer la numérisation de l'administration.

Traités internationaux: il a accepté lundi par 36 voix contre 9 une motion du National rendant le référendum obligatoire pour les traités internationaux ayant un caractère constitutionnel. Seuls des élus du PS et PDC se sont opposés.

Droits de l'Homme: après le National, il a adopté par 43 voix sans opposition le 15e protocole relatif à la Cour européenne des droits de l'homme. La Suisse peut donc le ratifier. Le protocole inscrit explicitement le principe de subsidiarité dans le préambule de la convention. Cela doit permettre à la Cour

de prendre des mesures ciblées pour réduire sa charge de travail sans que la protection des droits de l'homme en pâtisse.

Italien: Das geänderte Doppelbesteuerungsabkommen mit Italien ist unter Dach und Fach. Der Ständerat hat sich als Zweitrat einstimmig dafür ausgesprochen. Damit erhält künftig auch Italien auf Anfrage Informationen über Steuersünder. Das Abkommen sei eines unter vielen, stellte Finanzminister Ueli Maurer fest. Weil Italien ein wichtiger Partner sei, habe es dennoch Bedeutung. Das geänderte Doppelbesteuerungsabkommen erleichtert es italienischen Bürgerinnen und Bürgern mit Bankkonten in der Schweiz, am italienischen Selbstanzeigeprogramm teilzunehmen.

Mehrwertsteuer: Bei der Mehrwertsteuer sollen Schweizer Unternehmen nicht mehr gegenüber ausländischen benachteiligt werden. Der Ständerat hat am Donnerstag als Zweitrat grünes Licht für diese Änderung des Mehrwertsteuergesetzes gegeben. Massgeblich für die Steuerpflicht soll künftig der gesamte Umsatz sein, nicht nur der in der Schweiz erwirtschaftete. Damit wird grundsätzlich jedes Unternehmen mehrwertsteuerpflichtig, das in der Schweiz Leistungen erbringt, sofern es nicht nachweist, dass es weltweit weniger als 100'000 Franken Umsatz erzielt. Die Neuregelung betrifft auch Online-Händler. Schweizer Unternehmen profitierten indirekt, indem ein Wettbewerbsvorteil der ausländischen Konkurrenz wegfällt. Weil der Ständerat an der Vorlage mehrere Änderungen anbrachte, geht diese zurück an den Nationalrat.

Internationaler Datenaustausch: Die Schweiz soll den EU-Staaten regelmässig Informationen zu Bankkonten von EU-Bürgern übermitteln. Auch Australien soll solche Informationen erhalten. Der Ständerat hat am Montag als Erstrat Abkommen zum automatischen Informationsaustausch (AIA) gutgeheissen. Das Ende des Bankgeheimnisses für die Kundinnen und Kunden der betroffenen Staaten stiess nur auf geringen Widerstand. Mit 35 zu 1 Stimmen bei 3 Enthaltungen sagte der Ständerat Ja zum AIA mit der EU. Den Austausch mit Australien hiess er oppositionslos gut. Finanzminister Ueli Maurer stellte fest, die Schweiz habe zunächst unter Druck gehandelt. Inzwischen müsse man aber feststellen, dass es für einen internationalen Finanzplatz absolut notwendig sei, die internationalen Standards zu erfüllen. "Wir machen das heute nicht mehr unter Zwang, sondern aus Überzeugung", sagte Maurer.

Vereinheitlichung der CO2-Gesetzgebung: Der Ständerat hat gemäss Empfehlung des Bundesrates oppositionslos die Motion der FDP-Fraktion aus dem Nationalrat angenommen. Der Vorstoss will die Regeln zur Befreiung energieintensiver Unternehmen von der CO2-Abgabe vereinheitlichen und vereinfachen. Aufgrund der heutigen Komplexität der diversen Systemen und Mechanismen wird den Unternehmen eine Zielvereinbarung zur Reduktion der CO2-Emissionen unnötig erschwert. Mit der Annahme des Zweitrates ist der Bundesrat dazu verpflichtet die Anpassungen in der CO2-Gesetzgebung an die Hand zunehmen.

E-Vignette: Im Rahmen der Debatte zum Nationalstrassen-Fonds hat der Ständerat der Motion der Verkehrskommission zugestimmt, die eine Einführung der E-Vignette fordert. Diese Forderung geht zurück auf die Erfüllung eines Postulates der gleichen Kommission, die das Anliegen dazumal auf Druck der FDP eingereicht hatte. Es liegt nun am Nationalrat dazu ebenfalls einen positiven Beschluss zu fassen.

Mineralölsteuer: Die Pistenfahrzeuge werden definitiv von der Mineralölsteuer befreit. Das Parlament will damit den Bergtourismus unterstützen. Nachdem der Ständerat dem Gesetzesentwurf bereits in der ersten Sessionswoche zugestimmt hatte, wurde das Geschäft in der Schlussabstimmungen von beiden Räten einstimmig angenommen. Auch wenn sich die FDP ursprünglich klar gegen den Vorstoss und gegen diesen ordnungspolitischen Sündenfall ausgesprochen hatte, ging es nun nur noch darum, eine möglichst einfache und unbürokratische Lösung zu finden. Dieses Ziel konnte die FDP zumindest erreichen.

Raumplanung: Der Ständerat will mit der Annahme der Motion der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie die Vorschriften für den Umbau von Hotels ausserhalb der Bauzonen lockern. Die kleine Kammer ist der Empfehlung der Kommission und des Bundesrates gefolgt und hat die Motion ohne formelle Abstimmung angenommen. Ziel ist es, dem Tourismus in den Alpen aufgrund der grossen Herausforderungen durch regulatorische Erleichterungen unter die Arme zu greifen. Die FDP fordert nun auch den Nationalrat auf, diese Anpassung zu befürworten. Eine Prüfung im Rahmen der zweiten Etappe der RPG-Revision könnte sich zu lange hinziehen.

Moratorium für Ausfuhr von Brennstäben: Abgebrannte Brennelemente aus Schweizer Atomkraftwerken sollen weiterhin nicht zur Wiederaufbereitung exportiert werden dürfen. Der Ständerat hat sich ohne Gegenstimme dafür ausgesprochen, das Moratorium um zehn Jahre zu verlängern. Damit konnte eine Gesetzeslücke zwischen dem aktuellen Moratorium und dem allfälligen Inkrafttreten des ersten Massnahmenpaketes der Energiestrategie 2050 geschlossen werden. Dieses enthält ein unbefristetes Verbot der Wiederaufbereitung. Die FDP wird diese Verlängerung auch im Nationalrat unterstützen.

Wolf: Der Ständerat hat einer Verschärfung der Jagdvorschriften für den Wolf abgelehnt. Somit darf der Wolf in der Schweiz auch in Zukunft nicht gejagt werden. Der Forderung der Motion wurde mit 26 zu 17 Stimmen keine Folge gegeben und ist somit vom Tisch. Nein sagte der Ständerat auch zu einer Standesinitiative des Kantons Wallis mit demselben Anliegen.

Droit d'adoption : le Conseil des Etats a traité la révision du droit d'adoption et a adopté le projet (vote sur l'ensemble) par 32 voix contre 7. Il s'agit d'une profonde modification qui a pour but de flexibiliser le droit d'adoption. Le principal débat a eu lieu autour de la possibilité d'adoption de l'enfant du conjoint par les couples homosexuels et les concubins : une proposition adoptée par 25 voix contre 14.

Profession de la santé : Les Etats ont approuvé par 44 voix sans opposition qu'un registre national soit créé pour les professions de la santé. Celui-ci vise à garantir la qualité des soins. Les sénateurs ont suivi le Conseil fédéral et une minorité Eder et n'ont pas voulu inclure le niveau « master » dans la loi comme le proposait la majorité de la commission.

13. Vorstösse der FDP-Liberale Fraktion

Pa.Iv. FDP-Liberale Fraktion (*Sprecherin NR Daniela Schneeberger*). Legislaturplanung: Abschaffung unnötiger Kosten im Parlamentsbetrieb

Text

Gestützt auf Artikel 160 Absatz 1 der Bundesverfassung und Artikel 107 des Parlamentsgesetzes reiche ich folgende parlamentarische Initiative ein:

Das Parlamentsgesetz vom 13. Dezember 2002 ist wie folgt zu ändern:

Art. 74 Abs. 3

Eintreten ist obligatorisch bei Volksinitiativen, Voranschlägen, Geschäftsberichten, Rechnungen, Einsprachen gegen Verträge der Kantone unter sich oder mit dem Ausland, bei der Gewährleistung kantonaler Verfassungen sowie beim Finanzplan.

Art. 75 Abs. 4

Der Entwurf des Bundesbeschlusses über den Finanzplan und der Bericht über die Legislaturplanung können nicht zurückgewiesen werden.

Art.94a Sachüberschrift, Abs. 1 und 2

Differenzregelung beim Finanzplan

1 Aufgehoben

2 Beim Bundesbeschluss über den Finanzplan stellt die Einigungskonferenz zu jeder Differenz einen Einigungsantrag. Über jeden Antrag wird gesondert abgestimmt.

Art. 146 Abs. 1, 2, 3 erster und zweiter Satz und 4 erster Satz

1 Zu Beginn der Legislaturperiode unterbreitet der Bundesrat der Bundesversammlung einen Bericht über seine Legislaturplanung zur Kenntnisnahme.

2 Der Bericht definiert die politischen Leitlinien und die Ziele der Legislaturplanung des Bundesrates und ordnet diesen die vom Bundesrat geplanten Entwürfe für Erlasse der Bundesversammlung sowie weitere Massnahmen zu, welche zur Zielerreichung erforderlich sind.

3 Im Bericht über die Legislaturplanung werden den Zielen Indikatoren zugeordnet, mit denen die Zielerreichung überprüft werden kann. Der Bericht enthält auch eine Lageanalyse, die sich auf Indikatoren abstützt. ...

4 Im Bericht wird der Legislaturfinanzplan dargelegt. ...

Art. 147 Aufgehoben

Begründung

Im Stabilisierungsprogramm werden verschiedene Massnahmen vorgeschlagen, um den Finanzhaushalt wieder ins Lot zu bringen. Das Parlament sollte gleichzeitig auch bei sich selbst unnötige und teure Verfahren vereinfachen und einsparen.

Die Legislaturplanung des Bundesrates wird vom Parlament mit grossem Aufwand behandelt und stellt am Ende einen nicht bindenden Beschluss dar. Diese Situation ist unzufriedenstellend. Nach der Behandlung des Legislaturplanung in 2012 verlangen verschiedenen Pa. Iv. die Revision des schwerfälligen Verfahrens.

Vorliegendes Anliegen nimmt den Entwurf auf, welcher 2015 im Nationalrat aufgrund eines Zufallsmehr (die zugehörige Verordnung wurde knapp angenommen) knapp gescheitert ist. Der bundesrätliche Bericht zur Legislaturplanung soll dem Parlament nur noch zur Kenntnisnahme statt als einfachen Bundesbeschluss unterbreitet werden. Damit kann das Parlament die Legislaturplanungskommission abschaffen, diese Kosten einsparen und das Verfahren beträchtlich vereinfachen. Dem Parlament bleibt die Diskussion des Legislaturplanungsberichts und es kann zudem dem Bundesrat jederzeit verbindliche Aufträge erteilen.

Mo. FDP-Liberale Fraktion (*Sprecherin NR Regine Sauter*). Mindestfranchise in der Krankenversicherung endlich anpassen**Text**

Der Bundesrat wird beauftragt, den Betrag der ordentlichen Franchise gemäss Verordnung über die Krankenversicherung zu erhöhen.

Begründung

Die heute geltende Grundfranchise wurde seit zwölf Jahren nicht mehr angepasst. Dies ist problematisch, schaffen doch höhere Franchisen erwiesenermassen positive Anreize und entlasten das Gesundheitssystem insgesamt. So verhalten sich Personen, welche sich für eine hohe Franchise entscheiden, in der Regel gesundheits- und kostenbewusster (gem. Ergebnissen einer vom BAG in Auftrag gegebenen Spezialanalyse der Gesundheitsbefragung 2012). Sie beziehen insgesamt weniger Gesundheitsleistungen und gehen bei Bagatellfällen weniger schnell zum Arzt als Personen mit tiefen Franchisen. Ein solches Verhalten dämpft die Kostenentwicklung und verhindert eine „Vollkasko-mentalität“ im Gesundheitswesen.

Höhere Franchisen entlasten das Krankenkassensystem gesamthaft. Wird die Mindestfranchise erhöht, wird die Selbstverantwortung und das Kostenbewusstsein der Patientinnen und Patienten gestärkt. Bereits eine Erhöhung der Minimalfranchise um 100 bzw. 200 Franken würde – gemäss Berechnungen des Bundesrates – Einsparungen von 220 bis 430 Millionen Franken einbringen.

Mo. FDP-Liberale Fraktion (Sprecherin NR Regine Sauter). Wahlfreiheit und Eigenverantwortung stärken: Maximalfranchise in der OKP erhöhen

Text

Der Bundesrat wird beauftragt, eine Reform der notwendigen gesetzlichen Grundlagen vorzuschlagen, um die Maximalfranchise in der OKP zu erhöhen bzw. eine neue Stufe für die Maximalfranchise festzulegen und entsprechende Rabattmöglichkeiten bei den Prämien vorzusehen.

Begründung

Die breite Opposition gegen die geplante Revision des Bundesrates zur Einschränkung der Wahlfreiheit bei Franchisen zeigt, dass die Stärkung der Eigenverantwortung und des Kostenbewusstseins im Rahmen des KVG beibehalten, respektive gestärkt werden soll. Im Sinne einer Stärkung der Wahlfreiheit für die Versicherten ist auch eine Erhöhung der höchsten Wahlfranchise angezeigt.

Hohe Franchisen schaffen positive Anreize und entlasten das Gesundheitssystem insgesamt. Personen, welche sich für eine hohe Franchise entscheiden, verhalten sich in der Regel gesundheits- und kostenbewusster (gem. Ergebnissen einer vom BAG in Auftrag gegebenen Spezialanalyse der Gesundheitsbefragung 2012). Sie beziehen insgesamt weniger Gesundheitsleistungen und gehen bei Bagatellfällen weniger schnell zum Arzt als Personen mit tiefen Franchisen. Ein solches Verhalten dämpft die Kostenentwicklung und verhindert eine „Vollkasko mentalität“ im Gesundheitswesen. Aus diesen Gründen soll Versicherten auch die Möglichkeit gegeben werden, mehr Eigenverantwortung zu übernehmen und ein höheres finanzielles Risiko zu tragen. Damit eine Anreizwirkung erzielt wird, sind die Prämienrabatte entsprechend auszugestalten.

Mo. FDP-Liberale Fraktion (Sprecherin NR Regine Sauter). Regelmässige Anpassung der Franchisen

Text

Der Bundesrat wird beauftragt, dem Parlament eine Reform der notwendigen gesetzlichen Grundlagen zu unterbreiten, um in der OKP einen Mechanismus vorzusehen, welcher sicherstellt, dass die Franchisen in regelmässigem Abstand der Kostenentwicklung angepasst werden.

Begründung

Um die Franchisenhöhe in der OKP regelmässig der Kostenentwicklung anpassen zu können, wurde sie vom Bundesrat bewusst auf Verordnungsstufe geregelt. Die minimale Franchise wurde allerdings das letzte Mal im Rahmen der Reform von 2004 erhöht. Um nicht wieder zwölf Jahre bis zur nächsten Anpassung verstreichen zu lassen, sollen Franchisen in regelmässigen Abständen automatisch angepasst werden; z.B. mit einem Mechanismus zur Bindung der Höhe der Franchisen an Lohn- und Preisentwicklung.

14. Schlussabstimmungen

Mit den Schlussabstimmungen zu 19 Vorlagen haben die eidgenössischen Räte am Freitag die Frühlingssession 2016 abgeschlossen.

Parlamentarisch unter Dach und Fach kamen folgende Vorlagen:

- › mit 134 zu 59 Stimmen bei 2 Enthaltungen (Nationalrat) und 32 zu 13 Stimmen (Ständerat) der Bundesbeschluss über die Atomausstiegsinitiative, mit dem das Parlament das Volksbegehren der Grünen zur Ablehnung empfiehlt;
- › mit 160 zu 23 Stimmen bei 12 Enthaltungen und 41 zu 4 Stimmen das revidierte Gesetz betreffend die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs (BÜPF), das den Strafverfolgungsbehörden die Möglichkeit gibt, Skype-Gespräche abzuhören;
- › mit 193 zu 2 Stimmen und 45 zu 0 Stimmen das revidierte Heilmittelgesetz, das die Abgabe gewisser verschreibungspflichtiger Medikamente ohne Rezept in Apotheken erlaubt;
- › die rechtlichen Grundlagen zur Weiterentwicklung der Armee, die eine Verkleinerung der Truppe vorsehen:
- › mit 143 zu 13 Stimmen bei 39 Enthaltungen und 44 zu 0 Stimmen bei 1 Enthaltung Änderungen des Militärgesetzes;
- › mit 143 zu 12 Stimmen bei 39 Enthaltungen und 44 zu 0 Stimmen bei 1 Enthaltung Änderungen der Verordnung über die Verwaltung der Armee;
- › mit 143 zu 16 Stimmen bei 35 Enthaltungen und 43 zu 0 Stimmen bei 2 Enthaltung Änderungen des Gesetzes über die militärischen Informationssysteme;
- › mit 134 zu 16 Stimmen bei 45 Enthaltungen und 44 zu 0 Stimmen bei 1 Enthaltungen Änderungen der Verordnung über die Armeeorganisation;
- › mit 192 zu 3 Stimmen und 45 zu 0 Stimmen das Krebsregistrierungsgesetz, mit dem die Schweiz ein nationales Krebsregister erhält;
- › mit 182 zu 5 Stimmen bei 6 Enthaltungen und 45 zu 0 Stimmen das Ordnungsbussengesetz, mit dem der Bundesrat ermächtigt wird, mehr Straftaten mit Ordnungsbussen ohne Strafverfahren zu ahnden;
- › mit 189 zu 2 Stimmen bei 4 Enthaltungen und 35 zu 10 Stimmen Änderungen des Waldgesetzes, mit welchen der Wald auf die Herausforderungen des Klimawandels vorbereitet werden soll;
- › mit 131 zu 19 Stimmen bei 45 Enthaltungen und 44 zu 0 Stimmen bei 1 Enthaltungen der Bundesbeschluss über die Genehmigung eines Protokolls zur Änderung des Doppelbesteuerungsabkommens zwischen der Schweiz und Italien, mit dem Italien auf Anfrage Steuerinformationen erhält;
- › mit 129 zu 59 Stimmen bei 7 Enthaltungen und 40 zu 5 Stimmen der Bundesbeschluss über die Genehmigung des Protokolls Nr. 15 zur Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK), das den Ermessensspielraum der Vertragsstaaten stärken soll;
- › mit 193 zu 1 Stimmen bei 1 Enthaltung und 45 zu 0 Stimmen der Bundesbeschluss über die Genehmigung des Dritten und des Vierten Zusatzprotokolls zum Europäischen Auslieferungsübereinkommen, mit welchen die Auslieferungsverfahren beschleunigt werden sollen;
- › mit 135 zu 59 Stimmen bei 1 Enthaltung und 35 zu 6 Stimmen bei 4 Enthaltungen eine Änderung des Mineralölsteuergesetzes, mit der Pistenfahrzeuge von der Mineralölsteuer befreit werden;
- › mit 195 zu 0 Stimmen und 44 zu 0 Stimmen Änderungen des Zollgesetzes, die Grenzwächtern erlauben, Personen auf öffentlichem Grund mit Bild- und Tonaufnahmen zu observieren;
- › mit 127 zu 68 Stimmen und 42 zu 3 Stimmen das totalrevidierte Gesetz über die elektronische Signatur, das neue Formen der elektronischen Signatur für Firmen und Behörden bringt;
- › mit 195 zu 0 Stimmen und 45 zu 0 Stimmen der Bundesbeschluss über die Genehmigung eines Abkommens mit dem Fürstentum Liechtenstein über die Elementarschadenversicherung;
- › mit 194 zu 0 Stimmen bei 1 Enthaltung und 45 zu 0 Stimmen Änderungen des Verrechnungssteuergesetzes, mit welchen die Befreiung gewisser Finanzinstrumente von der Verrechnungssteuer verlängert wird;

- › mit 194 zu 0 Stimmen und 45 zu 0 Stimmen das Ermächtigungsgesetz zum AETR, mit dem der Bundesrat ermächtigt wird, Änderungen des Europäischen Übereinkommens über die Arbeit des im internationalen Strassenverkehr beschäftigten Fahrpersonals (AETR) weiterhin zu genehmigen;

Mit Ausnahme der Verordnungen sowie der Volksinitiative, die direkt zur Abstimmung gelangt, unterliegen alle Beschlüsse dem fakultativen Referendum.